

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. für Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. jährlich 18,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postbestellungen, Postträger und Geschäftsstellen sind zu bezeichnen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigenpreis: die 5-spaltige Zeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpf., die 3-spaltige Zeile 30 Rpf., die 2-spaltige Zeile 20 Rpf., die 1-spaltige Zeile 10 Rpf. Die Anzeigen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. Uhr. Durch Fernruf übermittelte Anzeigen können, wenn keine Garantie, jedes Rückfragenrecht, wenn der Betrag durch Klage eingeklagt werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Plossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 108 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 10. Mai 1932

Eine Überraschung.

Die Ergebnisse der nun endgültig vollzogenen Wahlen zur französischen Deputiertenkammer bedeuten eine große Überraschung. Denn wenn man in Frankreich auch von vornherein damit rechnete — auch die bisherige Mehrheit tat es, obwohl sie nach außen hin natürlich Siegeszuversicht zur Schau trug —, daß das politische Pendel diesmal nach links ausschlagen würde, so haben doch selbst die Optimisten bei der bisherigen Opposition kaum geglaubt, daß dieser Wendelausschlag so entschieden und so unzweifelhaft nach links gehen würde. Gewiß besaßen die Parteien, auf die sich Tardieu und sein Kabinett stützen konnten, bisher auch nur eine nicht gerade übermäßig große, aber doch sichere Mehrheit — sein Amtsvorgänger und jetzige Ministerkollege Laval ist ja vom Senat gefürstet worden — aber jetzt ist aus dieser Mehrheit eine Minderheit von etwa 80 bis 90 Stimmen geworden und Tardieu hat eine bemerkenswert schwere Niederlage erlitten; die von ihm persönlich geführte Partei verzeichnet einen Mandatsverlust von 20 Prozent, und dies, obwohl er im Wahlkampf alle Register antwortend herbeigebracht und die angeblich bedrohten Sicherheit Frankreichs hatte spielen lassen. Dabei hatte er, wohlwollend gesehen, den Hauptstoß seines Angriffs auf die Sozialisten und ihren Führer, Leo Blum, gerichtet, ohne freilich damit verhindern zu können, daß diese Partei nicht unerheblich zunahm, ebenso wie die sozialistisch-republikanische Gruppe Vainelovés.

Der eigentliche Sieger im französischen Wahlkampf aber ist Herriot, ist die Partei der Radikalsozialisten. Sie ist dies schon rein zahlenmäßig, da sie ihre Mandatsstärke um rund 50 Prozent vermehren konnte und nun mit ihren fast 180 Abgeordneten die weitaus stärkste Fraktion in der neuen Deputiertenkammer ist. Entsprechend groß sind die Verluste bei den bisherigen Regierungsparteien, aber es ist doch bemerkenswert, daß deren rechter Flügel sehr viel weniger gelitten hat als der linke, so daß sich diese Verluste zahlenmäßig rasch steigern, je mehr man sich dieser linken Grenze nähert. So hat die dort stehende „Milde Mitte“ noch mehr als die Tardieu-Partei eingebüßt, nämlich 34 Sitze (38 Prozent des bisherigen Bestandes). Es ist also selbstverständlich, daß Tardieu seine Demission einreicht und Herriot von dem neugewählten Staatspräsidenten mit der Kabinettsbildung betraut wird.

Um diese hat nun schon das Rätselraten eingeleitet. Was wird Herriot tun? Der Sieg der Opposition ist so unzweifelhaft, daß sie zahlenmäßig durchaus in der Lage wäre, mit ihren 322 Stimmen eine ausreichende Basis für ein links, „kartell“-Kabinett herzustellen; von den Kommunisten wird dabei natürlich abgesehen. Außerdem waren während der Stichwahl die Radikalsozialisten (Herriot) und die Sozialisten (Blum) Kampfgesossen, haben den Sieg gemeinsam errungen. Nicht viel größer wäre eine zweite an sich denkbare Mehrheit, die von der Vainelovés-Gruppe bis zur Partei Tardieus hinüberreichen und damit allerdings zwar schwer „angeschlagene“ Fraktionen der ehemaligen Regierungsmehrheit einbeziehen würde. Man wird Herriot heute kaum auf das noch festzuhalten dürfen, was er vor der Stichwahl über seine künftige Kabinetts- bzw. Mehrheitsbildung gesagt hat; denn die überraschenden Ergebnisse dieser Stichwahl haben das frühere Bild ganz erheblich verschoben, und nun ist manches möglich geworden, womit selbst ohne Optimisten nicht gerechnet haben. Herriot hatte mit auffällender Deutlichkeit seinen angeblichen Anspruch demittiert, Tardieu habe durch seine bekannten Ausführungen in Velfort — mit ihren scharfen Angriffen auf Deutschland — die Brücke zu den Radikalsozialisten hinüber abgebrochen. Ob jetzt aber noch der Führer dieser Partei Wert darauf legt, seinerseits diese Brücke nach rechts hin zu betreten, um ein Kabinett der republikanischen Konzentration zu bilden, ist eine Frage, die am Tage nach der Wahl natürlich noch nicht beantwortet werden kann.

Aber ob „Kartell“, „Konzentration“ oder wie sonst das neue Kabinett Herriot und seine parlamentarische Grundlage aussehcn mag — für uns Deutsche ist nur von Bedeutung, was die neuen Männer auf der kommenden Lausanne-Konferenz tun werden. Und darüber werden wir uns trotz dieses ausgesprochenen Sieges der Linken gewiß nicht einem allzu großen Optimismus hingeben dürfen. Nur dürfen wir angesichts der Wahlreden Tardieus gegen Deutschland einige Senugung hegen, daß nicht mehr er es ist, der dann in weltpolitisch entscheidenden Tagen am Steuer der französischen Politik stehen wird.

5232000 Arbeitslose im Reich.

Rückgang der Arbeitslosenzahl Ende April.

Nach Mitteilung der zuständigen Stelle betrug die Gesamtzahl der Arbeitslosen am 30. April 5 232 000, d. i. rund 197 000 weniger als Mitte April. Im einzelnen wurden aus der Arbeitslosenversicherung 1 232 000 Personen, aus der Kräfteförderge 1 675 000 Personen unterstützt, während die Zahl der Wohlfahrtsdienstlosen rund 2 Millionen betrug.

Der Reichstag wieder zusammengetreten

Ein erschütternder Rechenschaftsbericht.

Die Reichsfinanzen vor dem Reichstag.

Berlin, 9. Mai.

Bürden nicht rings um den Reichstag auffallend viel Schupobeamte versammelt sein, die die übliche Abperrung mit Zuorkommenheit vollziehen, würde der frühlinggrüne Tiergarten in der Nähe des Brandenburger Torcs nicht leer daliegen, weil man die Spaziergänger heute nicht hereinläßt, dann würde kein Mensch in Berlin heute etwas davon merken, daß der Reichstag wieder einmal zusammengetreten ist. In einer kurzen Tagung nur. Größere Redeschlachten stehen daher kaum in Aussicht. Eigentlich war der Reichstag dazu einberufen, um die rein formelle erste Lesung des Reichshaushalts zu erledigen. Aber nicht einmal dieser Entwurf ist bisher für den Reichstag fertiggestellt worden; und es ist nur ein etwas dürftiger Ersatz dafür, daß zahlreiche Mißtrauensanträge der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten gegen das Kabinett insgesamt und gegen eine Reihe von Mitgliedern eingeleitet sind, und daß aus der Debatte über sie die sogenannte große politische Aussprache sich entwickeln kann.

Es hat sich schon überall, auch im Deutschen Reichstag, herumgesprochen, daß die Lage der Reichsfinanzen sehr ernst ist. Als daher der Präsident Loebc nach einem Nachruf auf die inzwischen verstorbenen Mitglieder des Reichstages dem Reichsfinanzminister Dietrich das Wort erteilt, fliegen nur von kommunistischer Seite ein paar „Begrüßungsworte“ zur Rednertribüne heran. Daß der Minister aufmerksame Zuhörer gefunden hätte, wird er selbst nicht behaupten können, obwohl er bei seinen Darlegungen über den Stand der Reichsfinanzen einen geradezu erschütternden Rechenschaftsbericht ablegen mußte. Aber nur der verfertigte Haushaltsentwurf ist in der Lage, den Ausführungen Dietrich mit präziser Kritik zu folgen.

Aber den Hauptpunkt, auf den ihn ein Zwischentritt aufmerksam macht, schläft er elegant hinweg: Wie sieht es mit der Lage der Gemeindefinanzen? Da antwortet Dietrich kurz und knapp, er spräche hier als Reichsfinanzminister, aber nicht als Oberbürgermeister. Im übrigen ist seine ganze Rede von so trockener Sachlichkeit, daß sie von den Abgeordneten sozusagen stilschweigend hingenommen wird.

Ein wenig munterer wird es dann freilich bei der Rede des Führers der sozialdemokratischen Fraktion, Dr. Breitscheid. Kaum ein Sozialdemokrat ist bei der Reden so unbeliebt wie er. Auch Dr. Breitscheid behält zunächst die spitzeste Pfeile seiner gewohnten Polemik im Köcher und beschränkt sich insofern einer ungewohnten Sachlichkeit, als ja die politische Temperatur im Hause und draußen im Lande nicht gerade auf dem Gefrierpunkt steht, sondern eine ganze Anzahl von Graden zeigt. Das veranlaßt den Redner schließlich doch dazu, in besagten Köcher hineinzugreifen und auf die Nationalsozialisten loszuschreien, was diese nun keineswegs mit Stillschweigen hinhinnehmen. Aber auch dann bleibt Angriff und Abwehr nur zag, obwohl es sich dabei um das Verbot der S.A.-Organisationen handelt.



Reichsfinanzminister Dietrich vor dem Reichstag.

Sitzungsbericht.

(61. Sitzung.)

CB. Berlin, 9. Mai.

Präsident Loebc gedenkt zunächst des Ablebens des früheren Vizepräsidenten des Reichstages Dr. Nieber (D. Vp.) und der Abg. Dr. Jörissen (Wirtschaftspartei) und Limberg (Soz.). Er teilt weiter mit, daß er anlässlich der Ermordung des französischen Präsidenten Doumer an den Präsidenten der Kammer im Namen des Reichstages ein Beileidschreiben gerichtet habe und weiter auch das Beileid des Reichstages anlässlich des Todes des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, ausgesprochen habe.

Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung ein, auf der als erster Punkt die Beratung eines Schuldenentlastungsgesetzes steht, mit der die angeforderte

allgemeine politische Aussprache verknüpft ist. Mit der Beratung sind ferner verbunden eine kommunistische Interpellation wegen Einleitung einer Untersuchung über die Erwerbung des Jänbholzmonopols durch den Kreuzer-Konzern, sowie Anträge der Nationalsozialisten auf Aufhebung der Notverordnung über die Auflösung der S.A. und S.S. der NSDAP, auf Auflösung des Reichstages und auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Frage, ob öffentliche Mittel bei der Reichspräsidentenwahl verwendet wurden.

Reichsfinanzminister Dietrich

gibt zur Begründung des Entwurfs des Schuldenentlastungsgesetzes eine allgemeine Darlegung der Schuldenlage: Die schwebende Schuld des Reiches betrug am 31. März 1930 1938 Millionen Mark, am 31. März 1932 1591 Millionen; sie ist also um 347 Millionen zurückgegangen. Im Gegensatz zu allen Tardieu-Mitteilungen ist festzustellen, daß das Reich nicht in neue Schulden hineingeraten ist. Allerdings ist es nicht gelungen, die Rückzahlung der kurzfristigen Schulden in dem Ausmaße vorzunehmen, wie es in den letzten Etats und durch die Notverordnung vom November 1930 festgelegt war. Im ganzen werden 800 bis 850 Millionen aus den Reichsbudgeten der Jahre 1930 und 1931 späteren Jahren zur Last fallen. Ihre Tilgung ist für die Jahre 1933 und 1934 vorgegeben.

Außer diesen Defiziten der ordentlichen Haushalte schleppen wir noch mit uns die Reste der außerordentlichen Haushalte der Rechnungsjahre 1930 mit 335 Millionen, hinzu treten Ausgaben des außerordentlichen Haushalts 1931 mit 215 Millionen. Es müssen also gedeckt werden: 770 Millionen Defizit 1930, 500 Millionen Defizit 1931 und 550 Millionen des außerordentlichen Haushalts. Die laufenden Schulden des Reiches betragen am 31. Dezember 1931 10 208 Millionen Mark, 300 Millionen weniger als am 30. September 1930. In dieser Summe ist die Young-Anleihe mit 1473 Millionen enthalten, von der das Reich seinen Pfennig bekommen hat. Zweidrittel sind der Entente zugefallen, das andere Drittel der Reichspost und der Reichsbahn.

Das Reich hat also lediglich 1 1/3 Milliarden Schulden in der Nachkriegszeit für außerordentliche Ausgaben gemacht, alles andere entfällt auf den Krieg, Entschädigungen und Reparationen.

Es sind zwei Arten von Kreditermäßigungen im Umlauf: solche, die der Regierung durch formelles Gesetz erteilt sind, und solche, die in Notverordnungen enthalten sind. Verfassungsrechtliche Bedenken und Zweifel haben die Reichsregierung veranlaßt, in dem neuen Gesetzentwurf die zweifelhaften Kreditermäßigungen vorzulegen. Es wird nicht möglich sein, die durch Kreditermäßigungen erzielten Mittel für die verschiedenen Zwecke, für die sie vorgegeben sind, getrennt zu halten. Es wird sich nur darum handeln, daß die Mittel nicht für ungelegte Aufgaben verwendet werden, wohl aber vorübergehend auch für Sanierungszwecke.

Das gesamte Engagement des Reiches, das aus der Kreditkrise entstanden ist, beläuft sich neben der restlichen Garantie zugunsten der ehemaligen Danat-Bank auf 1115 Millionen, wovon aber nur ein kleiner Teil als wirksamer Aufwand des Reiches in Frage kommt. Der effektive Verlust aus der Bankentransaktion besteht in 185 Millionen Mark verlorenen Zuschüssen und 150 Millionen, die durch Zusammenlegung des Kapitals der Dresdener Bank verlorengegangen sind.

Zum Schluß wendet sich der Minister dem Haushalt für 1932

zu, dessen Entwurf, wie er hervorhebt, schon lange aufgestellt ist, und wobei nur noch

die Frage der Kosten der Arbeitslosen ungeklärt ist. Es wird ungeheuer schwer, vielleicht sogar unmöglich sein, den Aufwand für die Arbeitslosen im nächsten Winter schon jetzt genau zu errechnen. Die Höhe der Mittel wird auch davon abhängen, inwieweit der Plan gelingt, einen Teil der Arbeitslosen zu beschäftigen oder anderweitig unterzubringen. Diese Aufgabe ist aber auch deswegen vordringlich, weil

in den Ostgebieten demnach viel Land seinen Besitzer wechseln müssen, da es andernfalls in die Gefahr kommt, zu veröden. Es geht darum, dieses Land rechtzeitig aufzuteilen und zu besiedeln oder aber eine geeignete Übergangswirtschaft zu schaffen. Mit dem Kreditermäßigungs-gesetz wird

eine Prämienanleihe aufgelegt, um diese Gedanken in die Tat umsetzen zu können. Es soll auch sonst noch

der freiwillige Arbeitsdienst ausgebaut und Arbeit beschafft werden. Leider ist es völlig unmöglich, Geld dafür aus laufenden Mitteln aufzubringen. Im übrigen befindet sich der Haushalt mit etwa 83 Milliarden im Gleichgewicht. Er ist auf das sparsamste aufgestellt. Die Überweisungen an die Länder betragen einschließlich der Postkosten 2,3 Milliarden, so daß der eigentliche Reichsaufwand mit genau sechs Milliarden zu beziffern ist; darin sind enthalten eine Milliarde für die Arbeitslosen, 1,2 Milliarden für die Kriegspfeiler, 477 Millionen für die Sozialversicherung und 420 Millionen für die außerordentlichen Schuldenentlastung. Die Tilgung und Verzinsung der laufenden und schwebenden Schulden sowie der Reparationsanleihen erfordert rund 700 Millionen, so daß für den eigentlichen Betriebsaufwand des Reiches rund 2,2 Milliarden bleiben.

Abg. Breitscheid (Soz.) drückt die Erwartung aus, daß das Kreditermäßigungs-gesetz in dem letzten kurzen Launad-